

Nr. 21/284

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Nationale Ziele mit dem Energy Port realisieren: Vorrang für den Ausbau von Hafeninfrastruktur für die Energiewende schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 7. Februar 2024
(Drucksache [21/275](#))
2. Wie ernst nimmt der Senat den nicht gewaltorientierten Linksextremismus im Land Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 24. Januar 2024
(Drucksache [21/257](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 19. März 2024
(Drucksache [21/345](#))

Nr. 21/285

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Gefährliche Klinge – Wie begegnet Senat Bovenschulte der Messerkriminalität in Bremen?“.

Nr. 21/286

Messerkriminalität: Wirksamer Schutz durch Entwaffnung, Bestrafung und Ausweisung von Delinquenten

Antrag der Fraktion Bündnis Deutschland vom 19. August 2024
(Drucksache [21/706](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/287

Schärferer Schutz für Bremen: Messerfreie Zonen für mehr Sicherheit!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 20. August 2024

(Drucksache [21/708](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/288

Besserer Schutz vor Messerangriffen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD

vom 20. August 2024

(Drucksache [21/712](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Mitführen von Messern in der Öffentlichkeit grundsätzlich als Ordnungswidrigkeit eingestuft wird und verbotswidrig mitgeführte Messer eingezogen werden können; ausgenommen bleiben soll, wie schon in den geltenden Waffenverbotszonen, das Mitführen in geschlossenen Behältnissen oder aus berechtigten Interessen wie insbesondere im Zusammenhang mit der Berufsausübung;
2. die rechtlichen Möglichkeiten für umfassende strafbewehrte Messertrageverbote gegen einschlägig polizeibekannt Personen zu prüfen, sich für die Schaffung einer Rechtsgrundlage auf Bundesebene einzusetzen oder eine landesgesetzliche Regelung vorzuschlagen, und gegenüber einschlägig polizeibekannt Personen die bestehenden Möglichkeiten, individuelle Messertrageverbote zu verfügen, konsequent zu nutzen;
3. ein Präventionsprogramm zur Verhinderung von Messergewalt für Schule, Jugendhilfe und Jugendarbeit unter Einbeziehung einer Täteranalyse zu konzipieren und umzusetzen;
4. einen Antrag in die Innenministerkonferenz einzubringen, die Einsatzbekleidung für Polizeivollzugsbedienstete dahingehend zu überprüfen, inwieweit Verbesserungen im Hinblick auf Schnittschutz möglich sind;

5. einen Antrag in die Innenministerkonferenz einzubringen, wissenschaftlich untersuchen zu lassen, wie gesellschaftliche Veränderungen im Hinblick auf das Mitführen von Messern zu bewerten sind, und darauf fußend eine Bekämpfungsstrategie sowie ein umfassendes bundesweites Präventionskonzept zu erarbeiten;
6. sich für die Aufnahme eines umfassenden Mitführverbots von Messern in die Beförderungsbedingungen der Personennahverkehrsunternehmen im Land Bremen einzusetzen sowie das Mitführen von entsprechenden Messern in öffentlichen Gebäuden zu untersagen;
7. bis auf Weiteres mindestens einmal jährlich eine öffentliche Möglichkeit anzubieten, bei der Messer straffrei abgegeben werden können;
8. sich für eine strengere Regulierung des Verkaufs von besonders gefährlichen Messern und insbesondere für ein Verkaufsverbot an Jugendliche einzusetzen;
9. der staatlichen Deputation für Inneres nach vier Monaten über den Sachstand zu berichten.

Nr. 21/289

Make it in Bremen! Mit dem Welcome Center in die berufliche Zukunft starten

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 6. März 2024
(Drucksache [21/315](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sechs Monate nach Beschlussfassung in den staatlichen Deputationen für Arbeit sowie Soziales, Jugend und Integration ein Konzept vorzulegen, welches auf einer Bestandsaufnahme und Analyse von relevanten behördlichen Verfahren beruht, mit Akteur:innen im Bereich der beruflichen Integration von Zugewanderten, Geflüchteten und Zuwanderungsinteressierten erarbeitet wurde und bestehende Angebote berücksichtigt. Das Konzept soll einen Zeitplan beinhalten und die finanziellen Bedarfe der einzelnen Säulen und Zeitskalen abbilden. Über den Fortschritt des Projekts soll regelmäßig in den genannten Deputationen berichtet werden;
2. in einem zweiten Schritt Welcome Center nach Maßgabe des Konzepts einzurichten. Diese sollen zum einen als digitales Informationsportal in

enger Verknüpfung mit den Webseiten „Welcome to Bremen/Bremerhaven“ und „make-it-in-Germany.de“ aufgebaut werden. Zum anderen sollen die Welcome Center als zentral gelegene örtliche Anlaufstelle mit Lotsenfunktion in Bremen mit Außenstellen in Bremen-Nord und Bremerhaven etabliert werden;

3. die Welcome Center dabei als zentrale Anlaufstellen bei allen Anliegen rund um die berufliche Integration von Zugewanderten und Geflüchteten einzurichten und fungieren zu lassen. Insbesondere sollen die Welcome Center bei Anliegen zu den Themen Einreise und Aufenthalt, Beruf und Karriere, Spracherwerb sowie Leben und Wohnen im Land Bremen mehrsprachige Informationen und Beratung sowie Dienstleistungen oder Weitervermittlungen mit dem Ziel anbieten, die beratenen Personen zügig und dauerhaft in gute Beschäftigung im Land Bremen zu führen;
4. die Welcome Center dabei als ressort-, akteurs- und angebotsübergreifende Organisationsstruktur aufzubauen, in denen ein vorgelagertes Welcome Desk eine Lotsenfunktion übernimmt. Organisatorisch sind unter anderem die zuständigen Senatsressorts, der Magistrat Bremerhaven, das Migrationsamt, die Agentur für Arbeit, das Jobcenter Bremen, der Willkommensservice der WFB Wirtschaftsförderung Bremen, die Landesagentur für berufliche Weiterbildung, die Arbeitnehmerkammer (IQ-Netzwerk), die Bremer Volkshochschule und das afz – Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen einzubinden.

Nr. 21/290

Willkommen, Bienvenido, Hoş geldin, Maligayang pagdating, Welcome! – Den „Willkommensservice“ der WFB zu einem „Welcome Center“ für internationale Fachkräfte und bremische Unternehmen weiterentwickeln – schlanke Strukturen und effiziente Prozesse sicherstellen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 14. Mai 2024

(Drucksache [21/435](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/291

Wissenschaftliche Kooperationen mit China auch im Land Bremen auf den Prüfstand stellen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 14. November 2023

(Drucksache [21/160](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2024

(Drucksache [21/249](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/292

Gesetz zur Zustimmung zum Zweiten IT-Änderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 25. Juni 2024

(Drucksache [21/642](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 21/293

24. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

Mitteilung des Senats vom 23. Juli 2024

(Drucksache [21/672](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Nr. 21/294

Bremisches Gesetz über die Festsetzung der Steuermesszahlen bei der Grundsteuer (Bremisches Grundsteuermesszahlengesetz – BremGrStMG)

Mitteilung des Senats

vom 6. August 2024

(Drucksache [21/688](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 21/295

Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2023, 2024 und 2025 in der Freien Hansestadt Bremen sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 6. August 2024

(Drucksache [21/689](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 21/296

Rechnungslegung der Fraktionen und der Gruppen für das Jahr 2022

Mitteilung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft

vom 9. August 2024

(Drucksache [21/695](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 21/297

Petitionsbericht Nr. 11

Bericht und Antrag des staatlichen Petitionsausschusses

vom 9. August 2024

(Drucksache [21/696](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 21/298

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen – Beendigung des Deputationsmandats

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

vom 13. August 2024

(Drucksache [21/699](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 21/299

Femizide im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 6. März 2024

(Drucksache [21/313](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2024

(Drucksache [21/426](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/300

Zweiter Fortschrittsbericht zum „Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen“

Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz

vom 10. Juni 2024

(Drucksache [21/601](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz Kenntnis.

Nr. 21/301

Innovationsstrategie Bremen 2030 – Innovationen in Bremen: Strategien, Evaluation und Anpassungen für Fortschritt

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 6. Dezember 2023

(Drucksache [21/200](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2024

(Drucksache [21/241](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/302

Stand der Ausbildungssituation von Pflegekräften im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Dezember 2023

(Drucksache [21/220](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 5. März 2024

(Drucksache [21/311](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/303

Stärkung eines zeitgemäßen, attraktiven Arbeitsplatzes Schule für unsere Lehrkräfte

Antrag der Fraktion der FDP

vom 6. Februar 2024

(Drucksache [21/267](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/304

Lehrkräftearbeitszeit im Land Bremen – Sachstand und Ausblick

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 22. Dezember 2023

(Drucksache [21/227](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2024

(Drucksache [21/289](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/305

Lehrer in Bremen – ein Teilzeitjob?

Große Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland

vom 7. Februar 2024

(Drucksache [21/276](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 2. April 2024

(Drucksache [21/355](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/306

Fragestunde

1. Lässt sich Bremen von Nazis und rechten Rockern auf den Gleisen herumtanzen?

Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Michael Labetzke, Ralph Saxe, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Juni 2024
2. Bekämpfung der Kinderpornografie im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Julia Tiedemann, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 13. Juni 2024
3. Vorgänge nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz in Bremen und Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 13. Juni 2024
4. Gesundheitsförderung und Prävention für Pflegekräfte

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 13. Juni 2024
5. Bessere Pflege durch Unterstützung ausländischer Fachkräfte in Gesundheitsberufen

Anfrage der Abgeordneten Recai Aytas, Ute Reimers-Bruns, Medine Yildiz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 13. Juni 2024
6. Schutz vor Messerkriminalität verstärken

Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 13. Juni 2024
7. Aktueller Stand der Ehrenamtskarte

Anfrage der Abgeordneten Selin Arpaz, Katharina Kähler, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 13. Juni 2024

8. Warum finanziert der Senat die rassistische und islamistische Organisation „ATIB“?

Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 14. Juni 2024

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Ablehnung Untersuchungshaftbefehle nach Einbruchdiebstahl

Anfrage der Abgeordneten Julia Tiedemann, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 18. Juni 2024

10. Verfahren wegen Verstößen gegen das Gewaltschutzgesetz im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 19. Juni 2024

11. Drastischer Anstieg der Firmeninsolvenzen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 26. Juni 2024

12. Beratungen durch den „Verein zur Förderung der medizinischen und gesundheitlichen Versorgung von nicht versicherten und papierlosen Menschen in Bremen“ (MVP)

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 28. Juni 2024

13. Frauenhäuser im Land Bremen: Dialogprozess

Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 3. Juli 2024

14. Frauenhäuser im Land Bremen: Immer längere Wohndauern

Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 3. Juli 2024

15. Gesundheitskioske: Wie steht Bremen zum Projekt?

Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 11. Juli 2024

16. Laufen noch immer keine Sky ECC-Verfahren im Land Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 19. Juli 2024
17. Wie verwertet Bremen Bitcoins bei Strafverfahren?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 19. Juli 2024
18. Wie gefragt ist der Bremer Pflegerat als Ansprechpartner im Bremer Gesundheitswesen?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 1. August 2024
19. Deutsche Ersatzreiseausweise für ukrainische Staatsbürger
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland vom 5. August 2024
20. Warum wurde der angestrebte Gleichklang bei der Bezahlkarte mit Niedersachsen von Senat Bovenschulte aufgegeben?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 6. August 2024
21. Erfolg des „Spurwechsels“ im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 6. August 2024
22. Fortschritt oder Stillstand in der Bremer Polizei – Verzichtet der Innensenator auf die Palantir-Software?
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 6. August 2024
23. Überstunden bei der Polizei im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 6. August 2024
24. Wie viel sind die Absprachen auf der Ministerpräsidentenkonferenz wirklich wert?
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. August 2024

25. Anonymes Meldeportal für Hafenkriminalität

Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 12. August 2024

26. Wie unterstützt der Senat Bovenschulte Bremerhaven bei der Sicherstellung der Lehrkräfteversorgung?

Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Yvonne Averwieser, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 14. August 2024

27. Was kostet eine Polizeieinsatzstunde bei der Polizei im Land Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 15. August 2024

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 21/307

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Errichtung eines Ausbildungsunterstützungsfonds im Land Bremen (Ausbildungsunterstützungsfondsgesetz – AusbUFG)

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Mai 2024
(Drucksache [21/434](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 28 Absatz 1 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 21/308

Warum legt der Senat die Statistiken zum Ausbildungsmarkt im Land Bremen seit mehreren Jahren nicht mehr vor?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Mai 2024
(Drucksache [21/438](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2024

(Drucksache [21/610](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/309

Zweiter Versuch: Warum legt der Senat die Statistiken zum Ausbildungsmarkt im Land Bremen seit mehreren Jahren nicht mehr vor?

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 18. Juni 2024

(Drucksache [21/626](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 23. Juli 2024

(Drucksache [21/661](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/310

Pyrotechnik ist doch kein Verbrechen: Pilotprojekt zur kontrollierten Anwendung im Stadion

Antrag der Fraktion der FDP

vom 13. Juni 2024

(Drucksache [21/614](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/311

Zukunft durch Bildung: Enquete-Kommission einsetzen (EK Bildung)

Antrag der Fraktion Bündnis Deutschland

vom 1. August 2024

(Drucksache [21/680](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/312

Jetzt Perspektiven schaffen für Teilnehmer:innen von Beschäftigungsprogrammen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 20. August 2024

(Drucksache [21/711](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene unverzüglich dafür einzusetzen, die gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen zur Reduzierung der Langzeiterwerbslosigkeit entscheidend zu verbessern;
2. sich auf Bundesebene jetzt dafür stark zu machen, dass ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um unter anderem längerfristige und nachhaltige Integrationsstrategien für arbeitsmarktferne, langzeiterwerbslose Menschen zu gewährleisten. Dabei soll insbesondere darauf geachtet werden, dass diese Finanzierungen verlässlich und planungssicher sind, um kontinuierliche Unterstützungsangebote zu ermöglichen;
3. mögliche Finanzierungsmöglichkeiten durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), mit dem Ziel, gut laufende Beschäftigungsangebote für Langzeiterwerbslose zu erhalten oder neue zu schaffen, schnell und umfassend zu prüfen und vorzulegen. Dabei sollen alle relevanten Programme und Fördertöpfe identifiziert und genutzt werden, um zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Integration von langzeiterwerbslosen Menschen zu sichern;
4. in einen intensiven Dialog mit den Kommunen, Jobcentern und weiteren relevanten Akteuren zu treten, um gemeinsam neue und innovative Impulse zur erfolgreichen Integration von langzeiterwerbslosen Menschen in den Arbeitsmarkt zu entwickeln. Dieser Dialog sollte auch den Austausch bewährter Praktiken sowie die Entwicklung gemeinsamer Strategien und Maßnahmen beinhalten;
5. die Weiterentwicklung von regionalen Netzwerken und Kooperationen zu fördern, die gezielt darauf ausgerichtet sind, langzeiterwerbslose Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Diese Netzwerke sollten Akteure aus Wirtschaft, Bildung, Sozialarbeit und anderen relevanten Bereichen einbeziehen, um ein umfassendes Unterstützungsnetzwerk zukunftsfähig zu machen;
6. die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Arbeitgeber für die Potenziale von langzeiterwerbslosen Menschen zu verstärken. Hierzu soll geprüft werden, wo durch gezielte Aufklärungskampagnen und Informationsveranstaltungen Vorurteile abgebaut und die Vorteile der Beschäftigung von langzeiterwerbslosen Menschen aufgezeigt werden können;
7. zu den Beschlusspunkten eins bis drei den staatlichen Deputationen für Arbeit und Soziales vor Verabschiedung des Bundeshaushalts oder spätestens bis zum 1. November 2024 zu berichten.

Nr. 21/313

Transformation finanzieren: Zentrale Koordinierungsstelle für Bundes- und EU-Förderprogramme schaffen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 7. Februar 2024
(Drucksache [21/278](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. schrittweise eine ressortübergreifend arbeitende, zentrale Koordinierungs- und Beratungsstelle in der Senatskanzlei zur Einwerbung von Bundes- und EU-Fördermitteln schnellstmöglich einzurichten;
2. die zentrale Koordinierungs- und Beratungsstelle mit dem Ziel einzurichten,
 - a) die Beantragungsprozesse für Bundes- und EU-Mittel der Freien Hansestadt Bremen zu optimieren und alle verfügbaren Bundes- und EU-Förderprogramme, für die keine zentrale Verwaltungsbehörde existieren (wie etwa bei den Strukturfonds Europäischer Fonds für regionale Entwicklung [EFRE] und Europäischer Sozialfonds [ESF]), noch konsequenter und umfassender abgestimmt für alle Ressorts in Bremen und Bremerhaven nutzbar zu machen;
 - b) Informationen über Fördermöglichkeiten und Verfahrensabläufe allen Ressorts übersichtlich und transparent zugänglich zu machen;
 - c) die einzelnen Ressorts im Bedarfsfall bei der Abstimmung mit den zuständigen Bundes- und EU-Behörden als zentrale Anlaufstelle bei Bedarf systematisch zu unterstützen;
 - d) die ressortübergreifende Abstimmung und Steuerung bei der Antragsbearbeitung durch die einzelnen Ressorts sowie die Umsetzung sicherzustellen;
 - e) die Ressorts zum Thema Akquisition europäischer Mittel zu vernetzen und den Erfahrungsaustausch zu fördern;
 - f) das Fördermittelmanagement für Bundes- und EU-Mittel der Freien Hansestadt Bremen durch ein systematisches, zentrales Controlling transparenter und effektiver zu gestalten;
3. einen Vorrang von EU- und Bundesmitteln gegenüber eigenen Haushaltsmitteln im Rahmen der Haushaltsaufstellungen sowie im

Haushaltsvollzug sicherzustellen und dafür geeignete Verfahren zu entwickeln;

4. dafür zu sorgen, dass auch bei mehrjährigen Projekten die hierfür zufließenden EU-Mittel in den jeweiligen Ressorthaushalten vollumfänglich verfügbar sind und zum Ausgleich der entstandenen Kosten verwendet werden können;
5. dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung und im Anschluss fortlaufend zu berichten.

Nr. 21/314

Keine Steuergelder für menschenverachtende und demokratiegefährdende Aktivitäten – „Extremismusklausel“ für Zuwendungsempfänger einführen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 13. Februar 2024

(Drucksache [21/286](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie den Rechtsausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/315

Keine Steuergelder für Antisemiten, Rassisten und Extremisten!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 8. August 2024

(Drucksache [21/694](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie den Rechtsausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/316

Einsamkeit (K)ein Problem in Bremen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 6. Februar 2024

(Drucksache [21/268](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 19. März 2024

(Drucksache [21/346](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 21/317

Einsamkeit! Ein dringendes Problem in Bremen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. Juni 2024

(Drucksache [21/638](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 21/318

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Klassenstärken an allgemeinbildenden Schulen des Landes Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland
vom 6. Februar 2024
(Drucksache [21/269](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 2. April 2024
(Drucksache [21/354](#))
2. Förderprogramme und Fördermittel
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 12. Februar 2024
(Drucksache [21/284](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 30. April 2024
(Drucksache [21/419](#))
3. Wie gestaltet Bremen seinen Beitrag zur Beendigung von Wohnungs-
und Obdachlosigkeit in Deutschland bis zum Jahr 2030?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2024
(Drucksache [21/295](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 23. April 2024
(Drucksache [21/410](#))

4. Gesundheitsvorsorge bei Kindern: Wie steht es um die Teilnahme an U-Untersuchungen im Land Bremen?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Februar 2024
(Drucksache [21/296](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 16. April 2024
(Drucksache [21/397](#))
5. Umsetzung des Sozialraumprinzips im BTHG: Wie ist es um ein selbstbestimmtes und sozial eingebundenes Leben für Menschen mit Behinderung im Land Bremen bestellt?
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. Februar 2024
(Drucksache [21/304](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 9. April 2024
(Drucksache [21/378](#))
6. Polizeiarbeit der Zukunft – mit KI und Köpfchen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. März 2024
(Drucksache [21/320](#))
7. „Polizei 4.0“ – mehr Sicherheit durch digitale Ausstattung im Einsatzdienst
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 5. April 2024
(Drucksache [21/363](#))
8. Wir bitten zu Tisch! – Weniger Isolation durch mehr Angebote für ältere Menschen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. März 2024
(Drucksache [21/327](#))
9. Stärkung der dualen Ausbildung Teil 1: Zustand und Entwicklung der Berufsschulen/beruflichen Bildungszentren in der Stadt Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 7. März 2024
(Drucksache [21/319](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 23. April 2024
(Drucksache [21/411](#))

10. Künstliche Intelligenz an den Wissenschaftsstandorten Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 13. März 2024
(Drucksache [21/334](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2024
(Drucksache [21/441](#))
11. Bremische Häfen in schwierigem Fahrwasser - Herausforderungen und Zukunftsstrategien
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 18. März 2024
(Drucksache [21/340](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2024
(Drucksache [21/442](#))
12. Wann wird der Senat Bovenschulte die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenzen zur Flüchtlingspolitik im Land Bremen endlich umsetzen?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. März 2024
(Drucksache [21/343](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 23. April 2024
(Drucksache [21/412](#))
13. Wie sieht die Carbon Management Strategie des Landes Bremen aus?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 3. April 2024
(Drucksache [21/359](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2024
(Drucksache [21/444](#))
14. Nachhaltige Schiffsrecycling-Strategie für Bremen – Wirtschaftliche Potenziale nutzen, Umweltstandards sichern!
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 5. April 2024
(Drucksache [21/364](#))
Dazu

Mitteilung des Senats vom 14. Mai 2024

(Drucksache [21/443](#))

15. Nachteile im Mutterschutz für selbstständige Unternehmerinnen, Handwerkerinnen und Gründerinnen abbauen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. April 2024
(Drucksache [21/368](#))
16. „LLM Roland“ – ein Large Language Model für eine „KI-Offensive“ in der bremischen Verwaltung implementieren
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. April 2024
(Drucksache [21/369](#))
17. Zeitenwende auch im Land Bremen wagen, die Zivilklausel im bremischen Hochschulrecht jetzt abschaffen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. April 2024
(Drucksache [21/370](#))
18. Bezahlkarte unverzüglich im Land Bremen einführen – Senat Bovenschulte muss seine Versprechen aus der Ministerpräsidentenkonferenz einhalten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. April 2024
(Drucksache [21/372](#))
19. Onlinewache ausbauen – für mehr Erreichbarkeit, Effizienz und Sicherheit
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. April 2024
(Drucksache [21/390](#))
20. Klimaschutzstrategie 2038 der Freien Hansestadt Bremen:
Jahresbericht 2023 – Umsetzungstand Aktionsplans Klimaschutz und Aktualisierung des Landesprogramms Klimaschutz
Mitteilung des Senats vom 23. April 2024
(Drucksache [21/409](#))
21. Kein Raum für Antisemitismus an Hochschulen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. April 2024
(Drucksache [21/418](#))

22. Vorhandenen Rechtsrahmen nutzen: Arbeitsgelegenheiten und Integrationskurse gemäß § 5 und § 5b AsylbLG in Bremen effektiv einsetzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Mai 2024
(Drucksache [21/433](#))
23. Zum Schutz von Umwelt und Gesundheit: Reifenabrieb regulieren
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 14. Mai 2024
(Drucksache [21/439](#))
24. Antisemitismus in Klassenzimmern und auf Schulhöfen verhindern!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. Mai 2024
(Drucksache [21/566](#))
25. Weiblich – krank – unsichtbar? Frauengesundheit im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Mai 2024
(Drucksache [21/570](#))
26. Wahl eines Schriftführers für den Vorstand
27. Der Bremer Konsens zur Schulentwicklung 2018-2028: Sachstand, Ergebnisse und Zukunftsaussichten
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Mai 2024
(Drucksache [21/436](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 6. August 2024
(Drucksache [21/690](#))
28. Unterrichtsausfall – Regel statt Ausnahme?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 15. Mai 2024
(Drucksache [21/447](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 23. Juli 2024
(Drucksache [21/660](#))
29. Landesgesundheitsbericht Bremen 2024
Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit, Pflege und Verbraucherschutz
vom 10. Juni 2024
(Drucksache [21/602](#))

30. Poolärzte im Bereitschaftsdienst von Sozialversicherungspflicht freistellen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 11. Juni 2024
(Drucksache [21/606](#))
31. Gleichstellung aller Hilfeleistungsorganisationen mit der Freiwilligen Feuerwehr und dem Katastrophenschutz
Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. Juli 2024
(Neufassung der Drucksache [21/635](#) vom 19. Juni 2024)
(Drucksache [21/652](#))
32. Mehr Freiheit für Assistenzhunde und Besitzer – Aufhebung der Leinenpflicht für Assistenzhunde in Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. Juni 2024
(Drucksache [21/636](#))
33. Zugang zu öffentlich geförderten Wohnungen: Entsprechen die Einkommensgrenzen noch den heutigen Realitäten?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 20. Juni 2024
(Drucksache [21/641](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 30. Juli 2024
(Drucksache [21/674](#))
34. Umfassende Barrierefreiheit auch im Fernverkehr der Deutschen Bahn am Bremer Hauptbahnhof ermöglichen!
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Juli 2024
(Drucksache [21/657](#))
35. Schluss mit Gendersprache im öffentlichen Dienst
Antrag der Fraktion der FDP
vom 22. Juli 2024
(Drucksache [21/659](#))
36. Mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit ermöglichen – Vertrauensarbeitszeit erhalten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. August 2024
(Drucksache [21/682](#))

37. Stark mobilitätseingeschränkten Bremern und Bremerinnen mit dem gelben Parkausweis mehr Teilhabe ermöglichen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. August 2024
(Drucksache [21/683](#))
38. Bremer Grundschulen: zukunftsgerichtet und digital auch ohne private Handynutzung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. August 2024
(Drucksache [21/684](#))
39. Mehr Deutschunterricht an Bremer Schulen für mehr Sprachfertigkeit!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. August 2024
(Drucksache [21/685](#))